



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern leben-
den Zuwanderern
(Kap. 10 50 Tit. 684 52)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Bei Kap. 10 50 Tit. 684 52 wird der Ansatz für das Jahr 2017 um 905.000 Euro auf 15.000.000 Euro und für das Jahr 2018 um 1.000.000 Euro auf 15.000.000 Euro erhöht.

Begründung:

Der bayerischen Integrationspolitik fehlt ein strategisches Konzept. Die derzeitig geführte Zuwanderungs- und Integrationsdebatte zeigt, wie dringend Maßnahmen zur Integration nötig sind.

Für Bayern ist es eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, zu verhindern, dass Menschen dauerhaft von der Beteiligung an zentralen Lebensbereichen ausgeschlossen werden. Es gilt, Abschottungstendenzen und der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken, indem diesen Menschen langfristig eine Perspektive geschaffen wird. Darüber hinaus ist auch der Freistaat in der Pflicht, die Kommunen bei der Bewältigung der Zuwanderung zu unterstützen.

Die zusätzlichen Mittel sollen insbesondere für Integrationsmaßnahmen in Kommunen mit starkem Zustrom von Migrantinnen und Migranten in Bayern eingesetzt werden.